

Anschläge in Timor-Leste: Gefahr für die junge Demokratie?

Sachse, Henriette; Schmitz, Manuel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sachse, H., & Schmitz, M. (2008). *Anschläge in Timor-Leste: Gefahr für die junge Demokratie?* (GIGA Focus Asien, 3). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276432>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Anschläge in Timor-Leste: Gefahr für die junge Demokratie?

Henriette Sachse und Manuel Schmitz

Am 11. Februar wurden auf Präsident José Ramos-Horta und Ministerpräsident Xanana Gusmao Anschläge verübt. Beide überlebten, Ramos-Horta wurde jedoch schwer verletzt.

Analyse:

Sechs Jahre nach seiner Unabhängigkeit hat Timor-Leste (bis 2002: Osttimor) auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie erneut einen Rückschlag erlitten: Die Angriffe auf Ramos-Horta und Gusmao machen deutlich, dass trotz eines Regierungswechsels 2007 drängende Probleme der Postkonfliktgesellschaft nicht gelöst wurden.

- Die blutige Vergangenheit Timor-Lestes wirkt bis heute nach: Die Gesellschaft ist von der Gewalt der letzten Jahrzehnte traumatisiert, ihre politische Führung zerstritten. Politik und Gesellschaft müssen lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen.
- Dringend geboten ist eine grundlegende Reform des Sicherheitssektors: Armee und Polizei müssen professionalisiert und der Instrumentalisierung durch einzelne Politiker entzogen werden. Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen und sollten konsequent weiterverfolgt werden.
- Der Schlüssel für eine stabile und demokratische Entwicklung liegt in der Stärkung der staatlichen Institutionen und insbesondere des Justizwesens: Aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ausstattung der Gerichte ist die Strafverfolgung unzureichend.
- Timor-Leste ist das ärmste Land Asiens: Aus der Armut speisen sich Frustration und Unzufriedenheit einer Bevölkerung, die rasant wächst. Nur wenn es gelingt, die Lebensbedingungen in kurzer Zeit zu verbessern, hat die Demokratie eine Chance.
- Die gescheiterten Anschläge sind ein Weckruf für alle Verantwortlichen. Das Ende des „Rebellenführers“ Reinado bietet die Chance, die Sicherheitsprobleme des Landes zu lösen und die Staatskrise von 2006 zu überwinden.

Schlagwörter: Timor-Leste, Friedensmissionen, Nationsbildung, Postkonfliktgesellschaft, Staatsaufbau

1. Die Angriffe vom 11. Februar 2008

Am frühen Morgen des 11. Februar wurde Präsident José Ramos-Horta vor seinem Haus in Dili angeschossen. Kurze Zeit später wurde Ministerpräsident Xanana Gusmao in seinem Auto angegriffen, er blieb unverletzt. Ramos-Horta wurde noch am gleichen Tag nach Darwin/Australien ausgeflogen, um dort in einem Militärkrankenhaus behandelt zu werden. Nach mehreren operativen Eingriffen ist er wieder bei Bewusstsein, und die Ärzte erwarten seine vollständige Genesung.

Zwei der etwa 20 Angreifer, darunter auch der ehemalige Kommandant der Militärpolizei, Major Alfredo Reinado, starben beim Schusswechsel mit den Sicherheitskräften des Präsidenten. Die anderen konnten fliehen und werden von einem gemeinsamen Kommando aus timoresischer Polizei und Militär mit Unterstützung der Australier gesucht. Der amtierende Präsident, Fernando Lasama de Araujo, hat die Angreifer aufgerufen, sich zu ergeben und jeglichen politischen Dialog mit ihnen ausgeschlossen. Bisher haben sich mehrere Beteiligte selbst den Behörden gestellt, gegen 17 mutmaßliche Täter wurden Haftbefehle erlassen.

Der Ministerpräsident und frühere Unabhängigkeitskämpfer Gusmao sprach von einem gescheiterten Putschversuch, verhängte noch am 11. Februar den Ausnahmezustand und appellierte an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren. Die knapp 2.500 internationalen Sicherheitskräfte in Zusammenarbeit mit der timoresischen Polizei haben die Sicherheitslage unter Kontrolle. Der VN-Sonderbeauftragte für Timor-Leste, Atul Khare, lobte das Handeln der Regierung und des Parlamentes und rief die Bevölkerung zu Ruhe und Besonnenheit auf:

The Government and the Parliament have reacted in a very mature, sober and responsible manner. [...] All decisions are being taken according to the constitution and applicable laws of Timor-Leste.

Die Ermittlungen zum Hergang und zu den Hintergründen der Angriffe dauern an. Das timoresische Parlament hat in diesem Zusammenhang der Regierung empfohlen, eine internationale Expertenkommission zur Aufklärung der Vorfälle einzusetzen.

Vorerst bleibt es in dem südostasiatischen Land ruhig. Doch wie dauerhaft ist diese Ruhe, wie gefestigt ist Asiens "jüngste Demokratie"? Um zu verstehen, mit welchen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen Timor-Leste als Postkonfliktgesellschaft zu kämpfen hat, ist der Blick in

die jüngere und jüngste Vergangenheit sowie auf die wichtigsten Herausforderungen notwendig: die Reform des Sicherheitssektors, die Stärkung der Justiz und die Bekämpfung von Armut und hoher Arbeitslosigkeit.

2. Hintergründe

2.1. Historischer Rückblick

Der Ostteil der Insel Timor gehörte 400 Jahre zum portugiesischen Kolonialreich. Erst 1974 – nach der „Nelkenrevolution“ und einem Regierungswechsel in Portugal – entstanden in der Kolonie politische Parteien mit unterschiedlichen Vorstellungen über die Zukunft des Landes. Ein Jahr später und nach einer kurzen Zeit der Zusammenarbeit bekämpften sich die beiden stärksten Gruppen, *Frente Revolucionária do Timor-Leste Independente* (Fretilin) und *União Democrática Timorense* (UDT), gewaltsam. Die Fretilin ging aus diesem Bürgerkrieg als Sieger hervor und rief am 28. November 1975 die Unabhängigkeit des Landes aus. Auch heute noch gehen die wichtigsten politischen Netzwerke in Timor-Leste auf diese Zeit zurück, und die „Generation 75“ bestimmt die politischen Geschicke des Landes.

Schon im Dezember 1975 marschierten indonesische Truppen unter Duldung der USA und Australiens in Osttimor ein. Die wenige Monate später von Jakarta verkündete Integration Osttimors als 27. Provinz Indonesiens wurde von den Vereinten Nationen nicht anerkannt. Der Invasion folgte ein 24-jähriger Befreiungskampf, in dem sich wenige hundert Guerillakämpfer und tausende indonesische Soldaten gegenüber standen. Die osttimoresische Bevölkerung war während dieser Zeit Mord, Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär ausgesetzt. Auch auf timoresischer Seite gab es Menschenrechtsverletzungen, jedoch in geringerem Umfang. Insgesamt starb während der indonesischen Besatzung knapp ein Drittel der damaligen Bevölkerung, rund 200.000 Menschen. Erst 1999, nachdem der langjährige indonesische Präsident Suharto zurückgetreten war, bewilligte sein Nachfolger Habibí ein Referendum über Autonomie oder Unabhängigkeit. Dieses fand am 30. August 1999 mit Hilfe der Vereinten Nationen statt, wobei eine deutliche Mehrheit von 78 Prozent aller wahlberechtigten Osttimoresen für die Unabhängigkeit stimmte. Vom indonesischen Militär unterstützte Milizen zerstör-

ten daraufhin einen Großteil der Infrastruktur und vertrieben Hunderttausende nach Westtimor (Indonesien). Bis zum Eintreffen einer internationalen Sicherheitstruppe (*International Force for East Timor* – INTERFET) Mitte September 1999 starben 1.500 Menschen. Die Jahre der Gewalt haben einen Großteil der Timoresen traumatisiert, viele leiden noch heute unter posttraumatischen Symptomen.

Nach dem Abzug des indonesischen Militärs stand Osttimor unter der Verwaltung der Vereinten Nationen. Das Mandat verlieh der Mission der UNTAET (*United Nations Transitional Administration in East Timor*) umfassende exekutive Machtbefugnisse zum Aufbau des Landes, *state-building* war das Schlagwort. Trotz offensichtlicher Erfolge beim Wiederaufbau und der Deklaration der UNTAET als „Erfolgsgeschichte“ gelang es den VN nicht in ausreichendem Maße, die Timoresen bei der Gestaltung und dem Prozess des Staatsaufbaus mit einzubeziehen. Dies führte zu Enttäuschung und Unzufriedenheit sowohl innerhalb der (teilweise aus dem Exil zurückgekehrten) politischen Führungselite als auch bei großen Teilen der Bevölkerung. Am 20. Mai 2002 wurde das Land unter dem offiziellen Namen Demokratische Republik Timor-Leste in die Unabhängigkeit entlassen.

Dies bedeutete nicht das Ende des internationalen Engagements: Die Vereinten Nationen blieben mit verschiedenen kleineren Missionen vor Ort, hunderte westlicher Nichtregierungsorganisationen und eine Reihe von Staaten – unter anderem die Europäische Union – engagierten sich weiterhin und tun dies bis heute. Zusammen mit der einheimischen Elite arbeitet die internationale Staatengemeinschaft daran, Timor-Leste in einen modernen Nationalstaat zu verwandeln.

2.2. Die Krise 2006

Wie schwierig *nation-building* sein kann, zeigte sich vier Jahre nach der Unabhängigkeit in aller Deutlichkeit, als das Land in eine tiefe Krise geriet. Begonnen hatte es mit dem Protest unzufriedener Soldaten aus dem Westen des Landes. Diese hatten sich zunächst mit einer Petition (weshalb sie als *petitioners* bekannt wurden) Anfang 2006 an die Regierung gewandt und beklagt, sie würden gegenüber ihren Kameraden aus dem Osten benachteiligt. Als Regierung und Armeeführung nicht auf ihre Forderungen reagierten, traten knapp 600 „Westler“ der 1.400 Mann starken Nationalarmee in den

Ausstand und verließen ihre Kasernen. Daraufhin wurden sie aus dem Dienst entlassen. Ende April eskalierte eine Demonstration der arbeitslosen Soldaten in Dili, und es kam zu ersten Kämpfen zwischen *petitioners* und regulären Armeeeinheiten.

Anfang Mai betrat Major Reinado die politische Bühne. Er erklärte sich mit den *petitioners* solidarisch und desertierte zusammen mit knapp zwanzig Getreuen. Ihre Waffen nahmen sie – anders als die *petitioners* – mit. Zu diesem Zeitpunkt ging es bereits nicht mehr nur um die unzufriedenen Soldaten. Auch zwischen der Armee (mittlerweile vor allem aus „Ostlern“ bestehend) und der Polizei (in der vor allem „Westler“ vertreten waren) traten schon lange vorhandene Spannungen in den Vordergrund. In Dili verschlechterten sich außerdem die Beziehungen zwischen Nachbarn aus dem Osten und aus dem Westen. Bereits seit März war es wiederholt zu gewalttätigen Übergriffen durch Gruppen junger Männer gekommen.

Die Ursachen für die Spaltung zwischen „Ostlern“ und „Westlern“ liegen in der historischen Bewertung des Unabhängigkeitskampfes. Die Bewohner des Ostens (die als Firaku bezeichnet werden) beanspruchen für sich, unter der indonesischen Besatzung mehr gelitten und härter gekämpft zu haben als ihre Landsleute aus dem Westen (die Kaladi), denen sie zudem einen Hang zur Kollaboration vorwerfen. Brisant ist diese Frage, weil heute in Timor-Leste aus historischen Verdiensten politische und soziale Ansprüche abgeleitet werden.

Ende Mai 2006 eskalierte die Lage: In der Hauptstadt Dili kam es zu Kämpfen zwischen ehemaligen Soldaten und regierungstreuen Truppen, zwischen Teilen der Polizei und der Armee und zwischen Kaladi- und Firaku-Nachbarschaften. Die öffentliche Ordnung brach zusammen, 150.000 Menschen flüchteten aus Dili, Tausende von Häusern und öffentlichen Gebäuden wurden angezündet, mindestens 37 Menschen kamen ums Leben. Das Land stand am Rande eines Bürgerkrieges und die Regierung sah sich gezwungen, um internationale Hilfe zu bitten. Eine multinationale Schutztruppe unter australischer Führung (*International Stabilization Force* – ISF) wurde entsandt, der es gelang, das Land zu stabilisieren.

Seit Juni 2006 lag die Verantwortung für die innere Sicherheit also wieder in internationalen Händen. Bis zu den Anschlägen auf Ramos-Horta und Gusmao galt die Sicherheitslage nach den täglichen Sicherheitsberichten der VN-Mission als „angespannt, aber ruhig“. Die Ruhe war der Prä-

senz der ISF (zurzeit noch etwa 1.000 Soldaten) und den rund 1.600 internationalen Polizisten geschuldet; die Anspannung resultierte aus den weiterhin ungelösten Sicherheitsproblemen. Die Gruppe der *petitioners* verhielt sich zwar ruhig, doch die timoresische Regierung blieb unentschlossen, wie mit ihnen zu verfahren sei. Zudem flammte die Gewalt zwischen Nachbarn in Dili immer wieder auf, Kämpfe zwischen Banden junger Männer forderten Verletzte und sogar Tote. Aus Angst vor weiterer Gewalt kehrten bis heute zehntausende Flüchtlinge nicht in ihre Häuser zurück. An besonderer Bedeutung hatte darüber hinaus ein anderes Problem gewonnen: Major Reinado.

2.3. Der Fall Reinado

Ein Feuergefecht zwischen Reinados Männern und Regierungssoldaten mit mehreren Toten bildete den Auftakt für die Eskalation der Gewalt Ende Mai 2006. Bereits im Juli 2006 war Reinado deshalb verhaftet worden, die Anklage lautete u. a. auf Mord. Nachdem ihm und über 50 weiteren Häftlingen Ende August die Flucht aus dem Gefängnis gelungen war, wurde er von Teilen der Bevölkerung als „Robin Hood“ bejubelt, der, versteckt in den Bergen, für die Interessen der Unzufriedenen und Vergessenen in Timor-Leste kämpfte. Er wurde zur Symbolfigur und genoss insbesondere unter der Jugend des Westens viele Sympathien.

Reinado hatte zunächst erklärt, er betrachte sich als Anhänger Gusmaos und kämpfe gegen die Fretilin. Ihr warf er vor, für die vielen Probleme im Land verantwortlich zu sein. Die Fretilin hatte als Partei des Unabhängigkeitskampfes nach 2002 die politische Landschaft in Timor-Leste dominiert, im Parlament wie in der Regierung. Der Großteil ihrer Anhänger stammt aus dem Osten des Landes. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Mitte 2007 – die von internationalen Beobachtern als frei und fair beurteilt wurden und größtenteils gewaltfrei verliefen – konnten sich die Fretilin-Kandidaten jedoch nicht gegen das Duo Gusmao/Ramos-Horta durchsetzen. Die Fretilin verlor ihre Mehrheit im Parlament und ihre Regierungsbeteiligung. Doch auch nach der Niederlage der Fretilin blieb Reinado in den Bergen und gerierte sich als „Rebellenführer“.

Die neue Regierung unter Ministerpräsident Gusmao setzte auf Dialog, doch die Verhandlungen zwischen Ramos-Horta und Reinado zogen sich oh-

ne Resultate über Monate hin. Offenbar wollte sich Reinado den Behörden nur im Austausch gegen eine Amnestiezusage stellen. Die Regierung war mit einem Dilemma konfrontiert: Wenn sie mit harter Hand gegen Reinado vorging, riskierte sie einen erneuten Gewaltausbruch seitens seiner Anhänger im Westen des Landes. Ähnliche Risiken hätten aber auch aus einer Amnestiezusage erwachsen können, denn dann hätten sich die „Ostler“ betrogen gefühlt. Die Gewährung von Amnestien hätte auch der offiziellen Rhetorik der Regierung widersprochen, setzt sie sich doch für die Stärkung des Rechtsstaates ein.

Mit dem Tod Reinados am 11. Februar 2008 löste sich nach Einschätzung der meisten Beobachter ein drängendes Sicherheitsproblem des Landes. Dass Reinado eine solche Bedeutung erhalten konnte, lag vor allem an der desillusionierten und arbeitslosen timoresischen Jugend, die sich nach „neuen Helden“ sehnt. Die „alten Helden“ des Befreiungskampfes wie Gusmao haben in den Augen der Jugendlichen versagt, da es der „Generation 75“ nicht gelang eines der drängendsten Probleme des Landes zu lösen: die hohe Jugendarbeitslosigkeit (siehe Abschnitt 3.3). Reinado dagegen verkörperte eine tatkräftige Männlichkeit, von der sich vor allem junge Männer angesprochen fühlten. Es ist deshalb noch offen, ob sein Todestag das Ende eines „Störenfrieds“ oder die Geburt eines „Märtyrers“ bezeichnet.

3. Herausforderungen

3.1. Reform des Sicherheitssektors

Das Phänomen Reinado deutet noch auf ein weiteres Sicherheitsproblem hin: Einen unzufriedenen und politisierten Sicherheitsapparat. Reinado hatte in den nach der Unabhängigkeit geschaffenen Streitkräften gedient, den *Falintil-Forças de Defesa de Timor Leste* (F-FDTL). Diese waren aus der Guerilla-Armee des Unabhängigkeitskampfes hervorgegangen. Der Rekrutierungsprozess für die neue Armee hatte in den Händen der ehemaligen Guerilla-Kommandanten Xanana Gusmao und Taur Matan Ruak gelegen. Dabei nutzten die beiden Männer offenbar ihre Positionen, um gezielt Patronagenetzwerke in der Institution zu etablieren und trugen so maßgeblich zur Politisierung der Armee bei. Die Unzufriedenheit der Soldaten resultierte aus ihrer schlechten Besoldung, dem unklaren Auftrag der Armee und mangelnder innerer Führung.

Die Probleme innerhalb der timoresischen Polizei (*Policia Nacional de Timor-Leste* – PNTL) lagen ähnlich. Allerdings resultierte hier die Unzufriedenheit aus dem schlechten Image der Polizei in der Gesellschaft. Viele der Polizisten hatten bereits in der indonesischen Nationalpolizei gedient, die Teil des indonesischen Unterdrückungsapparats war, was sie in weiten Teilen der Gesellschaft diskreditierte und ihr Verhältnis zur Armee belastete. Bereits vor der Krise 2006 war es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Soldaten und Polizisten gekommen. Hinzu kam, dass Gusmaos politischer Widersacher, Innenminister Rogerio Lobato, versuchte, eine eigene Hausmacht in der Polizei aufzubauen, die als Gegengewicht zur Armee dienen sollte. Es war deshalb kein Zufall, dass die Staatskrise 2006 durch Konflikte innerhalb des Sicherheitsapparates ausgelöst wurde.

Um diese Konflikte zu beheben und die Streitkräfte zu entpolitisieren, genießt die Reform des Sicherheitssektors in der timoresischen Politik und bei der gegenwärtigen Mission der Vereinten Nationen (*United Nations Integrated Mission in Timor-Leste* – UNMIT) oberste Priorität. Erste Erfolge sind bereits zu beobachten: So haben sich alle 3.000 Polizisten des Landes einem umfangreichen Screening-Prozess und Schulungen unterzogen, ein Großteil von ihnen konnte bereits seine Arbeit wieder aufnehmen. Bei weiteren Reformen – insbesondere des Militärs – muss es darum gehen, beiden Institutionen klar umschriebene Aufgaben zuzuweisen, den Klientelismus zu bekämpfen, transparente Beschwerdewege zu etablieren und einen Prozess der Professionalisierung einzuleiten. Zudem ist es notwendig, das zerrüttete Verhältnis zwischen Polizei und Armee aufzuarbeiten, damit beide Institutionen lernen, sich als Partner und nicht als Gegner zu begreifen. Die Präsenz externer Akteure, die zurzeit die Sicherheit in Timor-Leste garantieren, bietet den Timoresen ausreichend Zeit, sich auf die notwendigen Reformprozesse einzulassen – diese kostbare Zeit gilt es zu nutzen.

3.2. Stärkung des Justizwesens

Der Schlüssel zu langfristiger Stabilität und Demokratie liegt in einem starken Justizwesen. Davon ist Timor-Leste weit entfernt, vielmehr ist die Gesellschaft nach wie vor von mangelnder Strafverfolgung geprägt. Dadurch sinken die Hemmschwellen, eigene Interessen durch Androhung oder An-

wendung von Gewalt durchzusetzen – so wie es die Jugendbanden seit 2006 immer wieder getan haben und es ihnen auch Reinado vorgeführt hat.

Diese „Kultur der Straffreiheit“ ist einerseits auf die unzureichende personelle und materielle Ausstattung des Justizsektors und insbesondere der Gerichte zurückzuführen: Es fehlt an juristisch geschultem Personal und verlässlicher Infrastruktur, so dass die Richter, Staatsanwälte und Verteidiger dauerhaft überlastet sind. Der vor wenigen Jahren eingerichtete Lehrgang für Justizpersonal bringt jährlich nur etwa 30 neue Mitarbeiter an die Gerichte. Hinzu kommt, dass auch die Straftaten aus der Zeit des Referendums von 1999 bisher nicht vollständig aufgearbeitet wurden: Von 2000 bis 2005 hatten ein mit internationalem Personal besetztes Sondergericht und eine Untersuchungsbehörde sich mit den Straftaten vor und nach dem Referendum befasst und bereits 700 der 1.300 gewaltsamen Todesfälle aufgeklärt. Die übrigen Fälle blieben unbearbeitet, auch warten viele der Beschuldigten schon seit mehreren Jahren auf ihr Gerichtsverfahren. Im Februar dieses Jahres hat die UNMIT die *Serious Crimes Investigation Unit* wieder eingesetzt und mit internationalem Personal ausgestattet, um die verbleibenden 600 Fälle zu untersuchen. Die Anklageerhebung soll jedoch weiterhin durch die timoresischen Gerichte erfolgen. Dort stapeln sich aber alte und auch ständig neue Akten, zum Beispiel solche aus der Zeit der Unruhen von 2006. Eine kurzfristige Verbesserung der personellen Situation und der Effektivität der Gerichte ist nicht zu erwarten.

Andererseits scheint auch der politische Wille zu fehlen, Straftäter tatsächlich vor Gericht zu stellen: So gab die internationale Untersuchungskommission (*United Nations Independent Special Commission of Inquiry for Timor-Leste* – COI) zu den Ausschreitungen im April/Mai 2006 die Namen zahlreicher Verdächtiger bekannt, die entweder den Behörden übergeben oder gegen die weitere Ermittlungen eingeleitet werden sollten. Diese Empfehlungen blieben weitgehend unbeachtet, nur der 2006 entlassene Innenminister Rogerio Lobato wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt. Er wurde für schuldig befunden, während der Krise 2006 Waffen an Zivilisten ausgeteilt zu haben. Ein anderer Tatverdächtiger sitzt heute im Parlament (Paulo Martins, für die Partei des Premierministers), weitere im COI-Bericht genannte Personen stehen im Dienste von Parteien. Dieses Verhalten signalisiert der Bevölkerung, dass Recht und Gesetz in Timor-Leste gar nicht oder nur für wenige gelten. Dadurch sinkt

ihr Vertrauen in die politische Führung und in das Justizsystem weiter.

Auch den Bericht und die Empfehlungen der unabhängigen Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Comissão de Acolhimento, Verdade e Reconciliação de Timor-Leste* – CAVR) aus dem Jahr 2005 haben weder das alte noch das neue Parlament bisher diskutiert oder gar implementiert. Die Empfehlungen umfassen sowohl Vorschläge, wie Konflikte in der timoresischen Gesellschaft entschärft und der Aufbau eines Rechtsstaates gestärkt werden könnten, als auch solche zu sozioökonomischen Maßnahmen, wie der Zahlung von Reparationen an besonders schwer Geschädigte aus der Zeit der indonesischen Besatzung und des Unabhängigkeitskampfes.

Die Angriffe vom 11. Februar stellen für die timoresische Justiz einen Meilenstein dar: Sie muss nun beweisen, dass sie in der Lage ist, die Vorfälle – mit internationaler Hilfe – zu untersuchen und die Täter vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Dies wäre ein klares Signal in Richtung Rechtsstaat. Darüber hinaus und im Sinne der Legitimität ist es wichtig, dass auch UNMIT und ISF interne Untersuchungen über mögliches Fehlverhalten ihres Personals (VN-Polizisten bzw. ISF-Soldaten) einleiten, denn sie waren und sind für die Sicherheit in Timor-Leste verantwortlich. Das *East Timor Crisis Reflection Network*, ein Netzwerk von Vertretern verschiedener Nichtregierungsorganisationen, brachte eine Forderung, die von vielen Timoresen geteilt wird, auf den Punkt:

We know that the events of February 11 are not only UNMIT's fault, but UNMIT does bear responsibility for security in Timor-Leste based on Resolution 1704/2006.

Transparente Untersuchungen und umfassende Information der Öffentlichkeit sind wesentlich, um das angekratzte Vertrauen in die internationalen Akteure in Timor-Leste zu stärken.

3.3. Bekämpfung der Armut

Die größte und drängendste Herausforderung für die timoresische Regierung, aber auch für internationale Geber ist die Verbesserung der Lebenssituation und die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für die Jugendlichen in Dili. Weder die VN-Übergangsverwaltung noch die timoresische Politik haben die soziale und ökonomische Entwicklung des Landes bisher entscheidend vorangebracht: Timor-Leste ist mit großem Abstand das ärmste Land

Asiens mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 346 US-Dollar (2006). Die Menschen, die nach der Loslösung von Indonesien und dank der Versprechen der internationalen Geber auf schnellen wirtschaftlichen Wohlstand gehofft hatten, wurden enttäuscht. Heute ist die Aufbruchstimmung innerhalb der Gesellschaft verflogen. Die Lebenserwartung liegt bei 57 Jahren, die Alphabetisierungsquote beträgt 50 Prozent, und knapp die Hälfte der rund eine Million Timoresen hat keinen Zugang zu sauberem Wasser.

Aufgrund der hohen Geburtenrate von 7,5 Kindern je Frau (2005) wächst die Bevölkerung rasant. Nach Berechnungen der Weltbank werden bereits in zwei Jahren 40 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 29 Jahre alt sein. Die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe liegt in Dili zurzeit bei 50 Prozent. Die jungen Menschen verlangen von ihrer Regierung eine Lebensperspektive, sie möchten arbeiten, sich weiterbilden und nicht länger in Armut leben. Auf diese Forderungen muss die Politik in kurzer Zeit reagieren, will sie die ohnehin schon bestehenden sozialen Konflikte nicht weiter verschärfen.

Die finanziellen Mittel, um mehrere Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Straßenbau, Dienstleistungen) umfassende Investitions- und Arbeitsplatzprogramme durchzuführen, stehen über die Öl- und Gaseinnahmen aus der Timor-See zur Verfügung. Bisher flossen nur die Zinsen der Erlöse, die in einen Fonds eingespeist werden, in den jährlichen Staatshaushalt. Schon dabei gab es bereits Probleme beim Mittelabfluss, da die Kapazitäten der verantwortlichen Ministerien und ausführenden Organisationen für finanzstarke Entwicklungsprojekte nicht ausreichen. Einzelne Programme (*food for work* oder *cash for work*), wie sie in der Vergangenheit vor allem in Dili durchgeführt wurden, können kurzfristig sinnvoll sein. Jedoch muss es vermehrt darum gehen, Strukturen für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen sowie in- und ausländische Investitionen zu mobilisieren.

Wenn es der timoresischen Regierung in Zusammenarbeit mit den internationalen Akteuren, die sich vor Ort developmentpolitisch engagieren, gelingt, in kurzer Zeit eine deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu erreichen, könnte sie Verständnis dafür gewinnen, dass andere wichtige Reformen (Sicherheitssektor, Justiz) nicht über Nacht durchführbar sind. Sie muss das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Kompetenz und ihren Willen zurückgewinnen, Timor-Leste zu einer friedlichen und stabilen Demokratie auszubauen.

4. Fazit

Die Probleme, mit denen sich die nationale Elite und die internationale Gemeinschaft in Timor-Leste konfrontiert sehen, sind typisch für Postkonfliktgesellschaften. Nach einem (Bürger-)Krieg liegt die Wirtschaft am Boden, die staatlichen Institutionen sind schwach, die Gesellschaft ist traumatisiert und die politische Führung zerstritten. Die Gewalt hat tiefe Spuren auf der persönlichen und sozialen Ebene hinterlassen, alte Wunden sind noch nicht verheilt. Dies erklärt, warum die meisten Postkonfliktgesellschaften innerhalb weniger Jahre erneut von gewalttätigen Auseinandersetzungen heimgesucht werden, siehe Afghanistan oder Irak.

Anders als die meisten Postkonfliktgesellschaften war Timor-Leste jedoch nie zuvor ein unabhängiger Staat, als Nationalstaat besteht es erst seit 2002. Dies erweist sich als besondere Bürde, so der VN-Sonderbeauftragte für Timor-Leste, Atul Khare:

This is a country which is doing for the first time both nation-building and state-building at the same time [...] and this is the rare case of a country dealing with a post-conflict and post colonial situation at the same time. Six years is a very short period of time. We should not have unreasonable expectations.

Literatur

Brahimi, Lakhdar (2007): State Building in Crisis and Post-Conflict Countries, <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/UN/UNPAN026305.pdf>.

International Crisis Group (2008): Timor-Leste: Security Sector Reform, Asia Report No. 143.

Report of the United Nations Independent Special Commission of Inquiry for Timor-Leste (2006), www.ohchr.org/Documents/Countries/COITimorLeste.pdf.

Weltbank (2007): Timor-Leste at a glance, http://devdata.worldbank.org/AAG/tmp_aag.pdf.

■ Die Autorin und der Autor

Henriette Sachse (Dipl.-Kulturwirtin) ist Doktorandin am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung und Mitglied im Vorstand von Watch Indonesia e. V.

Manuel Schmitz (Politikwissenschaftler) ist Doktorand am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Universität Trier und Zweiter Vorsitzender der Deutschen Osttimor Gesellschaft e. V.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Das GIGA beschäftigt sich im Rahmen des Forschungsschwerpunktes 2 (Gewalt, Macht und Sicherheit) mit den innerstaatlichen Aspekten von Gewalt und Sicherheit, u. a. mit Phänomenen prekärer Staatlichkeit, Sicherheitsreformen im Rahmen des Institutional Engineering und Gewaltoligopolen in Postkonfliktgesellschaften.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Lambach, Daniel (2007): Oligopolies of Violence in Post-Conflict Societies, GIGA Working Paper, Nr. 62.

Schmitz, Manuel (2007): Osttimors fragile Staatlichkeit, in: Südostasien aktuell, Nr. 6, S. 7-78.

Schmitz, Manuel (2007): Die Präsidentschaftswahlen in Osttimor, in: Südostasien aktuell, Nr. 3, S. 89-99.

Schmitz, Manuel (2006): Osttimor in der Krise, in: Südostasien aktuell, Nr. 4, S. 35-45.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Institutes dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM